

Er scheint  
wöchentlich einmal  
in  
Zürich (Schweiz)  
Verlag  
A. Deeter, Induftriale  
Miesbach-Zürich

Postgebühren  
franco gegen franco.  
Gewöhnliche Briefe  
nach der Schweiz kosten  
Doppelporto.

# Der Sozialdemokrat

Internationales Organ  
der Sozialdemokratie deutscher Zunge

N. 9.

Sonntag, 30. November.

Abonnements

werden nur beim Verlag und  
bei den bekannten Agenten ent-  
nommen und zwar zum  
Voraus zahlbaren  
vierteljährlichen Preis von:  
Fr. 2. — für die Schweiz (Kontingenz)  
Fr. 3. — für Deutschland (Kontingenz)  
Fr. 1. 70 für Oesterreich (Kontingenz)  
Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder des  
Weltpostvereins (Kontingenz).

Inserate

Die dreispaltige Zeile  
25 Gts. — 20 Pfg.

1879.

Als an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezug versagt wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an und aus unsern Zeitungs- und sonstigen Verbindungen nach dort anzulassen, so ist die hiesige Redaktion im Vorhinein notwendig und darf seine Verantwortlichkeit ausdrücklich erklären, die Briefe, welche über den hiesigen Redaktions- und Empfangsort, sowie den Inhalt der Verbindungen zu wechseln, und letztere dadurch zu schädigen. Hauptverpflichtung ist hierzu einzurichten, daß unsere Freunde so leicht

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag, selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unbedenkliche Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch und möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs größter Sicherheit Rückumschreibung. Soweit an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um auch allen ent-  
sprechenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

## Preßgeschichtliche Rückblicke.

I.

Untergrabung und Umsturz jeder staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung, Vernichtung der Moral, Zerstörung des Eigenthums und jeder Kultur, zuchtlose Anarchie, Plünderungs- und Herrschsucht — diese und andere Dinge werden dem Sozialismus heute tagtäglich vorgeworfen, und zwar nicht allein von der Regierung und deren alten Bundesgenossen Adel und Pöbel, sondern auch von der erst in neuerer Zeit in den Bund der Herrschenden eingetretenen Bourgeoisie. Denn die letztere hat in ihrem jetzigen gesellschaftsretterischen Eifer ganz vergessen, daß sie selber einmal Ambos gewesen, ehe sie Hammer wurde, und daß alle die „wahnsinnigen Verbrechen“, welche sie heute uns Sozialisten vorwirft, vor wenigen Jahrzehnten noch ihr selbst zugeschrieben wurden! Und zwar mit genau demselben Recht, mit dem man sie heute uns zuschreibt. Man darf nur die Gesetze und Erlasse, welche die selbige deutsche Bundesversammlung und die deutschen Regierungen bis zum Jahr 1848 gegen die „revolutionäre“ liberale Partei und ihre Presse erließen, durchblättern, um sich von der Wahrheit der obigen Behauptung zu überzeugen und daraus zu ersehen, welche Bedeutung den ganz gleichlautenden Festsetzungen gegen die Sozialdemokratie beizulegen ist und — wie wenig sich die natürliche Entwicklung der Dinge um die rückläufigen Bemühungen kurzschichtiger „Staatsmänner“ kümmert, die nichts lernen und nichts vergessen!

Auf dem Ministerkongress zu Karlsbad, der von der österreichischen und preussischen Regierung zu dem speziellen Zwecke berufen war, um die Mittel zu beathen, wie dem sich mächtig ausbreitenden revolutionären Geiste in Deutschland am besten zu begegnen sei, äußerte sich der Vorsitzende der Bundesversammlung, Graf Buol-Schauenstein, am 20. September 1819, wie folgt: „Wie weit diese verderblichen Annahmen (der Zeitungsschreiber nämlich) endlich gediehen, welche Zerrüttung in den Begriffen, nämlich) endlich gediehen, welche Zerrüttung in den Begriffen, welche Gährung in den Gemüthern, welche Herabwürdigung aller Autorität, welcher Wettstreit der Leidenschaften, welche fanatische Autoritäten, welche Verbrechen daraus hervorgegangen sind, bedarf keiner weiteren Erörterung. Und es läßt sich bei dem gut gesinneten und wahrhaft aufgeklärten Theile der deutschen Nation über ein so notorisches Uebel kaum noch eine Verschiedenheit der Ansichten und Urtheile voraussetzen.“

Glaubt man bei Durchslesung dieser Zeilen nicht eine besonders interessante Nummer der offiziellen „Provinzial-Korrespondenz“ oder der freiwillig gubernementalen „Norddeutschen Allgemeinen“ vor sich zu haben, in welcher gegen die gemeingefährlichen Tendenzen der Sozialdemokratie zebonnet wird? Oder schreibt am Ende die neuer Ideen unfähige Reaktion vielleicht in der That nur die Aeußerungen ihrer „berühmten Männer“ längstvergangener Zeiten aus, um etwas für die Gegenwart zu beweisen?

Infolge der neapolitanischen Revolution vom Jahre 1820 traten im darauf folgenden Jahre die Kaiser von Rußland und Oesterreich und der König von Preußen in Laibach zusammen und erließen am 12. Mai 1821 eine von ihren damaligen Ministern unterzeichnete Deklaration, in welcher das Dasein einer „ungeheuren Verschwörung“ gegen jede göttliche und weltliche Autorität behauptet und dann die Ziele der „im Dunkeln schleichenden Unternehmungen“ folgendermaßen geschildert wurden: „Keine Monarchien, beschränkte Monarchien, Bundesverfassungen, Republiken, Alles ist in die Acht und Bannsprüche einer Sekte einbegriffen, welche als Oligarchie alles behandelt, was sich unter Gleichheit erhebt. Die Häupter dieser ruchlosen Sekte, gleich gültig gegen die Folgen der allgemeinen Zerstörung, auf die sie finnen, gleichgültig gegen jede Art fester und dauernder Organisation, haben es nur auf die Grundlage der Gesellschaft abgesehen. Stürzen, was besteht, mit Vorbehalt, an seine Stelle das zu setzen, was ihrer regellosen Einbildungskraft oder ihren entsetzlichen Leidenschaften der Zufall an die Hand geben wird, — das ist das Wesen ihrer Lehre und das Geheimniß aller ihrer Umtriebe.“

Und was verlangte denn jene so geschilderte „regellose Einbildungskraft“ und „entsetzliche Leidenschaft“? Nun, nichts Anderes als die konstitutionelle Monarchie, die heute, mit Ausnahme von Rußland und dem Kaffernlande, in allen bekannten Ländern zu Recht besteht! Welche Weisheit und welchen Verstand zur Führung der Nationen bewiesen nicht diese „Staatsmänner“, welche im Angesicht bestehender konstitutioneller Monarchien und am Vorabend der Ereignisse durch solche Ergüsse das Rad der Zeit aufhalten zu können glaubten! Und handeln die heutigen „genialen“ Staatsmänner dem am Vorabend des Anbruchs seiner Herrschaft stehenden Sozialismus gegenüber anders? Und werden sie ihm gegenüber andere Erfolge erzielen?

Jener Laibacher Kongress fand in dem von Verona im Jahre 1822 seinen vervollständigenden Abschluß. Aus der hier wieder erlassenen langen Note entnehmen wir folgenden charakteristischen Passus: „Dieser Friede aber, obgleich zwischen den Mächten voll-

ständig besteht, vermag die Kräfte seiner Wohlthaten nicht über die Gesellschaft zu ergießen, so lange die Gährung, welche noch in mehr als einem Lande die Gemüther bewegt, durch die treulosen Einküsterungen und die strafbaren Versuche einer nur auf Revolution und Umsturz sinnenden Faktion genährt wird; so lange die Häupter und Werkzeuge dieser Faktion — sei es, daß sie mit offener Stirne Throne und Verfassungen angreifen, sei es, daß sie im Dunkeln über unheilvollen Plänen brüten, Verschwörungen stiften und die öffentliche Meinung vergiften — nicht aufhören, die Völker mit düsteren und lägenhaften Darstellungen der Gegenwart und mit ertöneten Besorgnissen vor der Zukunft zu quälen.“

Aber schreibt denn die „Provinzial Korrespondenz“ wirklich nur ab? Und bestreiten die heutigen Staatsmänner die Kosten ihrer vernichtenden Reden und Erlasse gegen die „untergrabende Thätigkeit“ des Sozialismus nur aus Anleihen bei ihren längst vermodernten Kollegen von dazumal?

Die Aeußerungen, die auf der Bundesversammlung in Frankfurt im Jahre 1824 fielen, übergehen wir. Sie sind von ganz derselben Art, wie die schon angeführten. Jene „geringe Anzahl Menschen, die mit unermüdblicher Thätigkeit alle Autorität herabwürdigend sucht, alle Grundzüge erschüttern alle Wahrheiten verunstalten“ soll — sie mußte wieder den Stoff zu langen gefinnungstüchtigen Reden liefern. Durch ihren ganzen Inhalt bezugen diese, wie weit mal wieder der „dunkle Drang“ des Volkes und die Ziele seiner Staatsmänner auseinander gingen! Stets in Zeiten des Niederganges geschichtlicher Perioden tritt diese Trennung ein, wird breiter und breiter, bis zuletzt der eine Theil — und zwar war es, so lange es Geschichte gibt, immer jene Partei der Staatsmänner — im Strudel der Ereignisse verschwindet.

Alle Grothaten des menschlichen Geistes sind dadurch gekennzeichnet, daß der Volksgelst, mit allem Vorhandenen brechend, die Kraft zu neuem Schaffen aus sich selbst holt. „Es gibt bestimmte Wendepunkte, in denen der menschliche Geist, der Vorhandenen satt, seine ursprüngliche Kraft einsetzt und aus dieser unvergleichlichen Quelle seine Bildung erneuert“ — schreibt Kuno Fischer. Genau dieselben Wendepunkte erscheinen in der Geschichte; in solchen bricht auch hier der Geist mit allem Vorhandenen und erneuert sich in der Kraft, die im Volke, nicht in der Klasse der sogenannten „Gebildeten“, ursprünglich lebt. Eine längere und tiefe Trennung der Volksziele von denen seiner Regierungen geht solchen Wendepunkten naturgemäß voraus. Und „das Volk irt sich selten in seiner Meinung, in seinen Gefühlen niemals!“

## Sozialistischer Arbeiterkongress zu Marseille.

V.

Auf der Tagesordnung der zehnten Sitzung stand die Steuer- und Rentenfrage sammt ihren Unterabtheilungen: Anleihen, Monopole, öffentliche Arbeiten etc., sowie die gegenwärtig so tief einschneidende Frage von Schutzoll und Freihandel. Nachdem eine Reihe von Sympathieadressen von den Genossen in Lugano, den Kommunevertriebenen in London, dem „Sozialdemokrat“ in Zürich, den Pariser Frauen, von Blois, Toulouse etc. etc., sowie die Antworten des Kongresses hierauf verlesen worden, leitete Vgr. Chartier die Debatte eigenthümlicherweise mit der Erklärung ein, daß alle Kongressmitglieder überzeugte Sozialisten seien (?) und ihre Ansichten nur hinsichtlich der Mittel auseinander gingen. Man könne in dieser Richtung drei Gruppen unterscheiden: die einen seien zur politischen Aktion, nöthigenfalls zur Gewalt entschlossen, obgleich sie die friedliche Entwicklung vorzögen; die andern wollten das Ziel durch die Syndikatskammern, und die dritten durch die selbstthätigen Productiv- und Konsumtgenossenschaften erreichen. Es ist bezeichnend für den augenblicklichen Entwicklungsgrad der französischen Bewegung, daß ein Redner solchergestalt die prinzipiell verschiedensten Elemente, vom mächtigsten Gewerksvereiner, der durch Sparamkeit und die kleinen Vortheile der Konsum-, Rohstoff- u. dgl. Vereine die gewaltige soziale Frage zu lösen gedenkt und an die Harmonie von Kapital und Arbeit glaubt, bis zum energischen Revolutionär, der gerade, ja bisweisen zu gerade auf sein Ziel losgeht, in aller Gemüthsruhe gleichheitlich als „sozialistisch“ bezeichnet und dabei keinen Widerspruch erfährt. Indessen werden ihn die Thatfachen bald genug erheben.

Ähnliche Unklarheiten zeigen sich in der heutigen Debatte überhaupt vielfach. Carion verlangt die Bildung einer großen Volkskreditanstalt, welche den bestehenden Kreditgesellschaften Konkurrenz machen solle. Hilairé will den Gemeinderäthen Vollmacht erteilt wissen, die öffentlichen Bauten nicht unternehmen, sondern Arbeitergenossenschaften anzuvertrauen und ihnen die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Rouz verlangt, daß der Kongress den Wunsch ausdrücke, daß der Staat und die Städte in Zukunft nur zum Nominalwerthe und durch öffentliche Subskription Anleihen machen können und daß die Leihhäuser, die heute neun Prozent Zinsen nehmen, ihren Zins-

fuß herabsenken. Godefroy führt aus, wie der größte Theil der heutigen Steuern von dem Volk nutzlos hinausgeworfen werde indem damit ein gemeinschädliches Schmarotcherheer von Volksunterdrückern aller Art unterhalten werde. Vor Allem müßten das Kultus- und das Kriegsbudget abgeschafft werden, weil das eine die Vernichtung der Intelligenz bezweckt und das andere Menschenleben vernichtet. Solch schwächliche Mittel wie die Ferry'schen Unterrichtsgesetze seien lächerlich: ein Krebschaden könne nicht geheilt, sondern müsse operirt werden. Es sei ein Diebstahl an der Nation, wenn ein Staatsbeamter 100,000 Fr. Gehalt bezieht; 6000 Fr. als Maximum seien genügend und als Minimum schlägt Redner 3000 Fr. vor. Er will auch die Präsidentschaft der Republik und den Senat beseitigt wissen: auch dann sei an unnützen Mäulern noch kein Mangel.

Vgr. Tanier erfaßt die Frage am richtigsten, indem er als Lösung der Steuerfrage die Abschaffung aller heutigen Steuern und ihre Ersetzung durch eine einzige progressive Einkommensteuer bezeichnet. Serre dagegen will diese einzige Steuer lediglich vom Besitz, vom mobilen und unmobilen Eigenthum bezahlen lassen, damit einmal die Reichen herangezogen würden, während bis jetzt nur der Proletarier alle Kosten des Staates getragen habe. Durch eine solche leicht zu kontrollirende und einzuziehende (?) Steuer würden auch leicht hundert Millionen durch Verringerung des Steuerbeamtenpersonals erspart werden. Trotz dieses Radikalismus aber erklärt sich Redner friedlich gefinnt und wendet sich sogar mit Emphase „gegen den käsarischen Sozialismus, der allein Gewaltthätigkeit wolle, da er die Diktatur zurückzuführen würde.“ Redner will sein Programm nur durch die Ueberzeugung aufzwingen und nur in dem einen Falle zu den Waffen greifen, wenn die Republik durch die Monarchie in Gefahr gebracht werde. Dagegen ist Treffaud der Ueberzeugung, daß das Proletariat nur durch Gewalt zu seinem Rechte kommen könne, da das Bürgerthum nimmermehr freiwillig auf seine Herrschaft verzichten werde. Ohne Revolution sei keine Emanzipation möglich. Was die Frage: ob Schutzoll oder Freihandel, betreffe, so könne sich der Sozialismus prinzipiell weder für das eine, noch für das andere System erklären. Die Gesellschaft der Zukunft werde auf ganz andern Grundlagen aufgebaut werden. Der Kongress möge daher über diese Frage kurzweg zur Tagesordnung übergehen.

Dagegen ist Vgr. Ferrand Schutzöllner. Seiner Ansicht nach schaden England und Amerika dem französischen Exporthandel und es wäre daher nur billig, wenn das amerikanische Getreide zu Gunsten der französischen Landwirthe mit Kompensationszöllen belegt würde. Lefebvre spricht gegen die Gefängnisarbeit, welche der freien Arbeit eine überaus schädliche und unsittliche Konkurrenz mache, und verlangt, daß die Gefangenen mit landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigt werden sollen. Redner bekennt sich zur sozialdemokratischen Republik, in der allein das Heil der Völker liege.

Man wird sich gewiß einigermaßen wundern, daß nach zehn Sitzungen, welche sich mit den verschiedenen Bestandtheilen der großen sozialen Frage befaßten, die erste Sitzung noch einmal die „soziale Frage“ im Allgemeinen behandeln sollte. Diese Festsetzung war eine entschieden unglückliche; denn nachdem die Frage während so vieler vorausgegangenen Tage auf das Eingehendste erörtert werden konnte, blieben natürlich für den Schluß nur Wiederholungen und Ermüdung übrig. Und diese Sitzung wäre gewiß von aller die interessloseste, wenn in ihr nicht ein nach mehr als einer Richtung interessantes Schriftstück zur Verlesung gekommen wäre, nämlich eine „Erklärung der revolutionären Kollektivistischen des Marceller sozialistischen Arbeiterkongresses“. Diese von 71 und zwar den bedeutendsten Mitgliedern des Kongresses unterzeichnete Erklärung lautet folgendermaßen:

„Die Unterzeichneten, von der Erwägung ausgehend, daß die soziale Frage erst dann gelöst sein wird, wenn jedes menschliche Wesen — der emanzipirte Mann und das ihm an Rechten gleichgewordene Weib — seine Bedürfnisse vollkommen zu befriedigen und seine Fähigkeiten vollkommen zu entfalten im Stande ist, erklären, daß das Privateigenthum diese Befriedigung und diese Entfaltung nicht bewirken kann, vielmehr die Ursache aller materiellen und intellektuellen Ungleichheit ist, und folgern, daß der Uebergang des Grundes und Bodens, der Bergwerke, Maschinen, Transportmittel, Gebäude und akkumulirten Kapitalien in den Kollektivbesitz der Gesellschaft allein im Stande ist, Jedem den angemessenen Ertrag seiner Arbeit zu sichern. In weiterer Erwägung 1) daß die absolute Unfruchtbarkeit der Mittel der Ablösung, der Selbsthilfe, sowie der sogenannten Harmonie zwischen Kapital und Arbeit wissenschaftlich und erfahrungsgemäß erwiesen ist; 2) daß die progressive oder sonst in irgend einer Weise fixirte Steuer für den heutigen Staat stets auf den Arbeiter zurückfallen muß; 3) daß eine friedliche Verständigung zwischen denen, welche das öffentliche Vermögen heute für sich behalten, und denen, welche es rechtmäßigerweise zurückverlangen, in Folge der Grundver-

schiedenheit der Interessen beider eine längst erwiesene Unmöglichkeit ist — erklären die Unterzeichneten, daß der Uebergang aller Arbeitswerkzeuge und Produktionsmittel in den Gemeinbesitz mit allen nur möglichen Mitteln anzustreben ist."

Nachdem Herr Joly diese Erklärung der weitaus überwiegenden Majorität des Kongresses (ein später veröffentlichter "Protest" von Kongreßdelegierten gegen die Erklärung der Kollektivistischen verlesen, wurde in die Debatte über die Tagesordnung eingetreten, welche indessen (wie schon erwähnt) wenig Bemerkenswerthes ergab. Unter diesem ist hervorzuheben, daß Egr. Varchélemy auf die Nothwendigkeit der Erregung und Stärkung des Klassenbewußtseins hinwies, sowie davor warnte, zu früh etwas von der Revolution zu erwarten und ungeduldig, unüberlegt und unvorbereitet den Weg der Gewalt zu beschreiten, was nur im Interesse der Kapitalisten, der Volksbedrucker wäre.

Die zwölfte und letzte Sitzung des Kongresses beschäftigte sich mit der Fassung der Beschlüsse, welche wir in nachfolgenden Punkten zusammenfassen:

1) Die politische Erziehung der Frau soll mehr berücksichtigt werden; den Frauen sollen vollkommen dieselben politischen Rechte wie den Männern eingeräumt werden; in allen Versammlungen und Komitees sollen sie gleichberechtigt mit den Männern zugelassen werden. Die Frau soll selbstständig erklärt werden und als Mutter allein (!) über die Kinder zu verfügen haben. Die Konkurrenz, welche die Klosters- und Gefängnisarbeit Arbeitern und Arbeiterinnen macht, soll beseitigt werden.

Diese von der Bürgerin Hubertine Auclert formulirten Vorschläge wurden nach langer Debatte fast einstimmig angenommen.

2. Die Arbeiter-Syndikatskammern sollen über die mit den Lehrlingen geschlossenen Verträge wachen, zur Vermeidung von Arbeitseinstellungen als Schiedsrichter angerufen werden und den anderen Vereinen gleichgestellt sein. Gründung einer Unterstützungskasse für Arbeitslose, Kranke und Greise. Abschaffung aller beengenden Gesetze.

Diesen vom Berichterstatter Dauthiers beantragten Beschlüssen wird auf Antrag Sibillot's noch die Erklärung hinzugefügt, daß die Syndikats-Kammern keineswegs als ein genügendes Mittel zur Lösung der sozialen Frage zu betrachten, indessen gleich anderen an sich unzulänglichen Mitteln zu benutzen seien, um der Lösung des sozialen Problems schnellstmöglich nahe zu kommen.

3. Einführung des religionslosen, unentgeltlichen und obligatorischen Unterrichts; Vebreitung des Schulmaterials durch den Staat; Gründung von Gewerkschulen in allen Gemeinden, welche über 3000 Einwohner zählen.

Außer diesen von Hier redigirten Beschlüssen fand auch noch der Antrag Treffaud Annahme, wonach der Kongreß die Vortheile der sozialen Studien-Zirkel anerkennt und zur Bildung solcher auffordert.

4. Ernennung von aus Arbeitgebern und Arbeitern bestehenden Ausschüssen behufs Feststellung von Arbeitslöhnen; andererseits Beibehaltung der Strikes als beste Waffe, dem Kapital die Spitze zu bieten. Die Mittelspersonen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern sind zu beseitigen. Organisation der Arbeiter in Gewerkschaften und lokalen Gruppen. (Berichterstatter Vernard.)

5. Trennung von Bourgeoisie und Proletariat in politischer Beziehung, d. h. Bildung einer großen Arbeiterpartei; die direkte Vertretung des Proletariats in allen gewählten Körperschaften; die möglichst beschränkte Dauer des Mandats; die Besoldung aller Wahlämter. Schaffung einer Arbeiterpresse. (Berichterstatter Lombard.)

6. Der Erdboden, das Innere der Erde, das Arbeitswerkzeug (Maschinen etc.) und alle Rohstoffe sollen als Gemeingut erstrebt und als untheilbar und unveräußerlich erklärt werden.

Ueber diese von Moutet vorgeschlagene Fassung entspann sich eine längere und ziemlich hitzige Debatte, indem sowohl Serre als der unermüdete Positivist Finance für das Privatereignis eintraten und entsprechende Resolutionen einbrachten, welche indessen, nachdem Moutet, Lombard und Fauché dagegen gesprochen, mit großer Mehrheit (50 gegen 26 Stimmen) abgelehnt wurden, worauf die obigen Anträge Moutets mit allen gegen 10 Stimmen angenommen wurden.

7. Abschaffung aller Steuern (?), der Rente und aller Privilegien und Monopole. Die Minorität der Kommission, aus den Bgrn. Bonne und Beclard bestehend, während die Mehrheit durch den Berichterstatter Sulvin vertreten war, hatte — jedenfalls vernünftiger — eine einzige, progressive Einkommensteuer verlangt, konnte indessen nicht durchdringen.

8. Uebergang zur Tagesordnung über die Frage, ob Schutz Zoll oder Freihandel, da dieselbe lediglich eine kapitalistische Frage und von keinem prinzipiellen Interesse für das Proletariat ist.

9. Hinsichtlich des nächsten Kongresses hatte die zu dessen Organisation gebildete Kommission vorgeschlagen, ihn in Genf abzuhalten und zu einem internationalen zu erklären. Gegen diesen Vorschlag erhob sich indessen von verschiedenen Seiten ein lebhafter Widerspruch, und zwar nicht nur aus praktischen Gründen. Hérivaux sprach sich gegen jeden andern als einen nationalen Kongreß aus und glaubte, daß aus einer Annahme des Kommissionsvorschlages politische Komplikationen entstehen würden. Finance stimmte ihm bei und der Vorschlag wurde abgelehnt, wogegen der Antrag einer Gruppe, den Kongreß 1880 in Havre zu halten, angenommen wurde. — So sehr wir die Idee eines internationalen Sozialistenkongresses auch begrüßen, für so nothwendig halten wir es unter den gegebenen Verhältnissen, daß der nächste französische Kongreß ein rein französischer sei, und können daher dem Kongreßbeschlusse nur beistimmen. Denn es ist weit wichtiger, Klarheit und Organisation in die im großen Ganzen mehr von instinktiven Gefühlen, als von bestimmten, zielbewußten Bestrebungen bewegte und überdies von den verschiedensten sozialen Schulen verwirrt französische Arbeiterwelt zu bringen und dadurch ein greifbares Resultat zu erzielen, das zugleich auch die internationalen sozialistischen Bewegungen mächtig fördert; als allgemeine Sympathiebezeugungen auszutauschen, die wohl sehr gut und erfreulich sind, aber der Sache nur in sehr bescheidenem Maße nützen, solange die sozialistische Durchbildung der verschiedenen Nationen nicht eine annähernd gleichartige ist, wodurch erst das rechte gegenseitige Verständniß ermöglicht wird.

Nachdem der Kongreß auf Antrag Lesbures noch die Ab-

geordneten aufgefordert, für die vollständige Amnestie einzutreten und beschloßen, die Erklärung der Kollektivistischen in Druck legen und massenhaft verbreiten zu lassen, wurden die Sitzungen des dritten sozialistischen Arbeiterkongresses von Frankreich Nachts 1/1 Uhr geschlossen und die Delegirten trennten sich unter dem Rufe: Es lebe die sozialdemokratische Republik!

## Sozialpolitische Rundschau.

— Wie wir es längst vorausgesehen und wie es übrigens jeder vernünftige Mensch voraussehen konnte, wird die deutsche Regierung sowohl den Berliner Belagerungsstand als das ganze Ausnahmengesetz keineswegs so schnell ablaufen lassen, vielmehr beide so lange als möglich konserviren und womöglich in ihren wesentlichen Bestandtheilen zu dauernden Institutionen machen. Der Antrag auf Verlängerung des Belagerungsstandes ist von der preussischen Regierung beim Bundesrath bereits gestellt und mit der fortwährenden und keineswegs verminderten „gemeingefährlichen“ Thätigkeit der Sozialdemokratie und der Unmöglichkeit, dieser gegenüber schon jetzt auf so wirksame Befugnisse zu verzichten, sowie insbesondere auch mit dem Umstand, daß sich die geheime Einfuhr verbotener sozialdemokratischer Schriften aus dem Ausland in letzter Zeit sehr erheblich gemehrt habe, motivirt. Selbstverständlich wird der Bundesrath ebenso verständnißvoll sein Ja und Amen zu dem Antrag der Regierung sagen, wie es seinerzeit der Reichstag thun wird, wenn von ihm die Verlängerung und vielleicht auch noch die Kompletirung des Ausnahmengesetzes verlangt wird. Die deutsche Sozialdemokratie hat sich hierauf längst eingerichtet und wird also dadurch nicht überrascht. Auch ob die Bemühungen der Regierung zur Vernichtung der Sozialdemokratie in dem zweiten Jahre und während der ferneren Dauer des Sozialistenkrieges mehr Erfolg haben werden, als bisher, sind wir in der Lage, mit Seelenruhe abwarten zu können. Ob wohl die Regierung ihrer Sache eben so sicher ist?

— Die infame Gewaltthat, welche die elenden Schergen der belgischen Regierung in Chateleineau begingen, indem sie bewaffnet in eine friedliche Versammlung einbrachen und ohne auch nur den Schein eines Rechtsgrundes auf wehrlose Arbeiter und Arbeiterinnen einhieben, hat Tausenden von Arbeitern und namentlich den unmittelbaren Zeugen der That, den hennegauischen Kohlenarbeitern, mit einem Schlag die Augen geöffnet und ihnen die Wahl zwischen den Lügen der Regierung und Bourgeoisie und den Lehren des Sozialismus erleichtert. Während die Kohlenarbeiter des Charleroibeckens zur Verurtheilung der Bourgeoisie bisher fast gänzlich außer dem Einfluß der gefährlichen „Agitatoren“ standen, hat sich das jetzt gründlich geändert. Auf Aufforderung der belgischen Arbeiterpartei und des von ihr zu den Strikenden Delegirten, Gen. Louis Bertrand, der den Vergeleuten klar machte, wie ihre Anstrengungen so lange aussichtslos seien, bis sie nicht gleich ihren Brüdern in der Vorhut und anderwärts über eine stramme Organisation verfügten, nahmen die Strikenden, wenn auch mit Grimm gegen die über-nütigen Arbeitgeber und dem Gelächter auf eine künftige Vergeltung im Herzen, aber ohne Zögern dem Rath ihrer Brüder folgend, die Arbeit wieder auf. Jetzt ist dort die Agitation in vollem Zug, Versammlung folgt auf Versammlung und die Reihen der Arbeiterbataillone stellen sich immer mehr. Wenn die Organisation in dieser Weise fortschreitet, dann rückt der Zeitpunkt rasch näher, wo die Vorkämpfer der Arbeiter der unerfreulichen Pflicht überhoben sein werden, die in ihrem Recht befindlichen Arbeiter zur Zurückdämmung ihres Grolles und zur Nachgiebigkeit gegen den Uebermuth ihrer Unterdrücker zu bewegen!

Um so elender ist das Treiben einer, glücklicherweise allerdings geringen Anzahl von Leuten, die selbst dem Arbeiterstand angehören, ja sogar auf den Ehrennamen eines Sozialisten Anspruch erheben und trotzdem nichts Besseres zu thun wissen, als gerade den gegenwärtigen Augenblick allgemeinen, hingebendsten und opferwilligsten Zusammenwirkens dazu zu bemühen, um nach Möglichkeit Mißtrauen und Zwietracht zu säen. Am vordergangenen Montag hielt die „Anarchistische Liga“ zu Brüssel, eine kleine Clique verbissener Sezessionisten, eine Versammlung, in welcher die belgische sozialistische Arbeiterpartei, ihr Programm, ihre Bestrebungen, ihre Führer, kurz die ganze Bewegung in einer Weise herabgewürdigt, verdammt und beschimpft wurde, daß die Todfeinde der Arbeiterklasse ihre helle Freude daran haben müssen. Die Bestrebungen der Arbeiterpartei nach Errichtung eines sozialdemokratischen Volksstaates seien „reaktionär“, weil dadurch die Knechtschaft des Volkes um nichts leichter würde; alle Regierung müsse aufhören, damit Jeder seine volle Freiheit erhalte etc. Diefem „prinzipiellen“ Unsinn reihte sich dann würdig an, was über den Strike von Charleroi, resp. die Affäre von Chateleineau gesagt wurde. Die sehr vernünftige Handlungsweise Louis Bertrands, die durch das Massacre der Gendarmen provoizirten Arbeiter angeht, der totalen Ruhlosigkeit jedes Widerstands zur Ruhe zu ermahnen, wurde als eine Art Verrath bezeichnet und erklärt, daß es das Recht und die Pflicht der Vergeleuten gewesen sei, die „ewigen Veruhiger“ beseitigt zu schieben und die zwölf Gendarmen zu einem Brei zusammenzuhauen! Wie schrecklich aber das Volk eine solche, wenn auch noch so berechtigete Machehat zu läsen hätte, so lange es nicht die nötige Macht zum nachhaltigen Widerstand und zur Unterwerfung der herrschenden Klasse in Händen hat — um solche Dinge kümmern sich natürlich die „anarchistischen“ Großtreiber nicht. Wenn auch Hunderte und Tausende massakrirt, füllirt und eingekerkert würden und der jetzige Druck und das Stend des Volkes infolge der natürlichen Reaktion verdoppelt würde — was läge diesen hitzigen und gewissenlosen Revolutions-Rauhhelden daran, die ihre eigene Haut jedenfalls zuerst in Sicherheit zu bringen wüßten! Es wäre ja doch einmal ein richtiger Putz, eine „revolutionäre That“, die nach der Behauptung dieser Leute allein zum Ziele führen, während die ruhige, weniger Sensation erregende, aber unermüdlige Arbeit derer, welche nach den Regeln einer vernünftigen Kriegsführung erst rüsten, organisiren und mobilisiren, den wichtigen Faktor der Volkstimmung für sich gewinnen und schließlich den günstigsten Zeitpunkt abwarten,

bevor sie ins Feld rücken, — im Grunde nichts als Peisetreter, verkappte Reaktionen und Volksverräter sind.

Glücklicherweise sind die belgischen Arbeiter vernünftig genug, um sich auf solche Verdrüßlichkeiten nicht einzulassen und die „revolutionären“ Zingendreiber werden deshalb bei ihnen kaum mehr Erfolg haben, als bei den deutschen Sozialdemokraten. Die Infamie des Versuches aber, gerade in einem Augenblick, wo ein Zusammenwirken aller Kräfte doppelt nöthig ist und wo das Gros der Genossen sich doppelt opfermüthig und hingebend zeigt, Mißtrauen und Zwietracht zu säen und dadurch die Bewegung zu schädigen — die Infamie dieser Handlungsweise wird durch die von den Nachern unverschuldete Erfolglosigkeit derselben um nichts geringer — hier wie dort!

— Endlich ist die englische Regierung aus der vornehmen und geringschätzigen Zurückhaltung, die sie bisher der irischen Agrarbewegung gegenüber beobachtete, heraus und der das Volk des grünen Erin im Innersten erregenden Frage näher getreten. Und zwar hat sie das, wie es von der jetzigen beschränkten Junterregierung allerdings nicht anders zu erwarten war, in richtiger kurzfristiger und brutaler Herrscher-mannier. Drei Agitatoren: Der Fenier Davitt, der Advokat Killeen und der Redakteur Daly wurden verhaftet und unter militärischer Eskorte abgeführt, um wegen „Ausreizung zum Aufruhr“ vor Gericht gestellt zu werden. Und diesen Verhaftungen sollen neuerdings 18 weitere gefolgt sein.

Die Aufregung über diesen Gewaltstreich, über den offenbaren Willen der Regierung, die nothgedrungenen Forderungen des Volkes nach Recht und Brot mit brutaler Gewalt zu beantworten, ist in ganz Irland eine ungeheure und die Dinge entwickeln sich rasch in der Richtung einer gewaltsamen Lösung der Frage. Zahlreiche Versammlungen, in denen die Empörung des Volkes über die Gewaltthat der Regierung zum Ausdruck kommt und die Stimmung eine immer erhitze-tere und kampfbereitere wird, finden in Stadt und Land statt; bewaffnete Haufen durchstreifen das Land und bedrohen die Landagenten und die zu den Grundherren haltenden Pächter; Plakate, welche zum Widerstand und zur bewaffneten Erhebung, zur Vertreibung der Landlords und zur Losigung von England aufzufufen, werden im ganzen Land angeschlagen. Das Landvolk in einigen Bezirken beginnt sich bereits mit Waffen zu versehen und allenthalben werden „Widerstandsklassen“ gebildet.

Und die Irländer in England und namentlich in Amerika sind nicht minder thätig. Der „Irish World“ von New-York, das Organ der jenseitigen Flüchtlinge, eröffnet eine Subskription zu Gunsten der Opfer, deren die gegenwärtige Agrar-agitation in ihrem weiteren Verlauf zweifellos zahlreiche zählen wird. Denn das jenseitige Organ sieht die gegenwärtige Agrar-bewegung lediglich als ein Vorspiel der bewaffneten Erhebung des irischen Volkes an und erklärt es deshalb für die Pflicht aller in Amerika lebenden Irländer, für diese nicht mehr ferne Stunde Streitkräfte zu rüsten und eine Kriegsklasse zu füllen. Und diese Ansicht ist keineswegs eine vereinzelte. Die amerikanischen Blätter veröffentlichen zahlreiche Meinungsäußerungen von hervorragenden irischen Parteigängern, welche alle darauf hinauslaufen, daß ein glückliches Kompromiß zwischen den irischen Grundherren und ihren Pächtern sehr unwahrscheinlich und auch im Interesse des irischen Volkes durchaus nicht wünschenswerth sei und daß die einzige dem Volk zu seinem Recht verhelfende Lösung der Landfrage die sei, die Landlords aus dem Land zu jagen.

— In der nordamerikanischen Arbeiterbewegung herrscht ein reges Leben, welches lebhaft an die rasche Entwicklung des deutschen Sozialismus während des letzten Jahrzehnts erinnert. Fast alltäglich entstehen in allen Theilen der weiten Union neue Arbeiter Affoziationen: Parteimitgliedschaften, Gewerkschaften, Fachvereine, Sektionen und andere Vereine englischer, französischer, spanisch-amerikanischer, böhmischer und vor allem deutscher Zunge. Kongresse, Wahlkonventionen, Verbandssammlungen, Strikes aller Orten. Demnächst wird auch der Parteikongreß (National-Konvention) in Alleghany City (Pennsylvanien) stattfinden und werden hierfür von dem National-Exekutiv-Komitee (Cincinnati) bereits alle Vorbereitungen getroffen. Besonders durch die Nothwendigkeit, die den Kongreß betreffenden Bekanntmachungen, sowie die an ihn gestellten Anträge auch den nur englisch sprechenden Genossen mitzutheilen, gedrängt, hat das Exekutivkomitee auch vor Kurzem eine längigefühlte Lücke in der amerikanischen Parteipresse ausgefüllt, indem es seit Oktober ein offizielles Parteiorgan in englischer Sprache herausgibt, welches zugleich die der amerikanischen Arbeiterbewegung mehr als alles Andere nöthige Zusammenfassung und Vereinigung der allenthalben zerstückelten und nicht selten in den wichtigsten taktischen und selbst prinzipiellen Dingen auseinander gehenden Kräfte, mit andern Worten: die Zentralisation befördern soll. Und diesen wichtigen Zweck zu fördern scheint uns das neue „Bulletin of the Social Labor Movement“ seiner ganzen Anlage nach wohl geeignet. Es ist von anerkenntwerther Reichhaltigkeit, enthält für alle Parteifragen gutbearbeitete Rubriken und bringt namentlich eine instruktive Monatsübersicht über den Stand der amerikanischen Arbeiterbewegung.

Wir entnehmen dieser Uebersicht einige kurze Angaben über die Parteipresse. Demnach erscheint die „New-Yorker Volkszeitung“, eines der bestredigirten Blätter der Partei, in einer Auflage von weit über 10,000. Daneben gibt die New-Yorker böhmische Sektion noch das tschechische Organ „Dělnické Listy“ heraus. In Philadelphia erscheint das „Tagblatt“ und in Chicago der „Vorbote“ (Arbeiterzeitung) — beide ebenfalls in bedeutender Auflage, letzterer seit neuerer Zeit unter der umsichtigen Redaktion des Dr. Liebig. Die von unserem bewährten Genossen Otto-Walster in St. Louis herausgegebene „Volkstimme des Westens“ ist den meisten unserer Genossen ohnehin schon bekannt. Binnen Kurzem soll in St. Louis aber auch ein englisches Parteiorgan herauskommen. Milwaukee hat ebenfalls ein deutsches Organ, den „Milw. Sozialist“. Dagegen hat sich in Cincinnati, der Information des „Bulletin“ gemäß, das frühere dortige Organ nicht erhalten können; doch haben die deutschen Genossen während der letzten Wahlkampagne ein Blatt, den „Volkswille“, heraus, von dem wir wünschen, daß es die Wahl überlebt haben möchte. In Chicago erscheint noch das dänische Organ „Den nye Tid“ und in New-York der englische »Wor-

ker». — Außerdem sind zur Arbeiterpresse noch die, allerdings außer dem Parteiverbande stehenden Blätter: »La Jeune Icarie« (Organ der Cabotischen Kolonie Neu-Yorkien, Corning, Iowa), »Socialistic Greenback Labor Paper«, »Presse of the Co-operative Colonization Movement« und »The Irish World and American Industrial Liberator« (Organ der irischen Fe-nier in New-York) zu zählen. Nahe steht den Bestrebungen der Partei auch der radikale »Freidenker« von Milwaukee.

Eine recht ansehnliche Streitmacht, wie man sieht, zu deren Bildung und Schulung die deutsche Sozialdemokratie nicht das Wenigste beigetragen. Zahlreiche deutsche Genossen von gutem Klang in der Partei: Adolf Douat, Otto Walster, Grottkau, Dr. Fiebig, Dr. Georg Stieveling, Franz und Andere stehen an ihrer Spitze, was uns eine Bürgschaft mehr für die stetige Entwicklung der Partei ist. Uebrigens soll dadurch keineswegs gesagt werden, daß die englisch sprechenden Genossen etwa den deutschen unebenbürtig seien. Vielmehr ist gerade das Erstau-lischste, daß die allerdings von den Deutschen »importierte Idee« jetzt auch unter den Anglo-Amerikanern sich immer mehr Bahn bricht und daß die letzteren der amerikanischen Partei auch bereits tüchtige und eifrige Vorkämpfer gegeben haben. Daß aber die deutschen Genossen in der amerikanischen Bewegung ihrer Mutter-partei in Deutschland nicht vergessen haben, zeigt nicht nur ihre ganze Parteithätigkeit, sondern auch jede Nummer ihrer Organe, und hat noch jüngst die allgemeine und einstimmige Sym-pathie bewiesen, mit welcher die deutsch-amerikanische Partei-presse unser neugegründetes Parteiorgan begrüßte, und die Auf-merksamkeit, mit welcher sie die Veröffentlichungen desselben ver-folgt.

Die Idee der Emanzipation des Proletariats macht in neuerer Zeit auch in Südamerika ansehnliche Fortschritte. Erst-jüngst bildete sich in der Hauptstadt Brasiliens, in Rio Ja-neiro, eine große Arbeiter-Union, welche zwar weit entfernt ist, bereits ein festes, sozialistisches Programm zu haben, deren bester Kern indessen durchaus von den Ideen des Sozialismus geleitet wird, die allmählig auch immer weiter in die Menge eindringen und über kurz oder lang, wie überall, wo sie in den Arbeiter-kreisen erscheinen, alle anderen unzulänglichen Bestrebungen zur Verbesserung des Arbeiterlooses aufzuheben wird.

Bereits um ein Erhebliches weiter fortgeschritten ist die Ar-beiterbewegung in Argentinien, das, namentlich durch die zahlreichen eingewanderten Italiener angeregt, schon seit Län-gere mehrere eifrige sozialistische Assoziationen anar-chistischer Färbung hat. Dieselben hielten vergangenes September in Buenos-Aires einen Kongreß ab, auf welchem die Gründung eines fest-organisierten argentinischen Arbeiter-Bundes (Federacion Regio-nal Obrera Argentina) beschlossen wurde. Was uns Euro-päer dabei am meisten Wunder nehmen muß, ist, daß die ganze Lokalpresse von Buenos-Aires diesen sozialistischen Kongreß sehr unparteiisch und günstig beurteilt. Seitdem hat sich, im Ue-brigen, auch bereits die neue Organisation konstituiert, und entsendet eine eifrige Thätigkeit. Die energischste Mitgliedschaft des neuen Bundes ist ersichtlich das »Zentrum der Arbeiter-Propaganda« in Buenos-Aires, welches zahlreiche Genossen zählt und auch bereits verschiedene Flugchriften veröffentlicht hat. Seinem Eifer wird es hauptsächlich zu danken sein, wenn die argentinischen Sozialisten bereits über ein eigenes Presorgan verfügen, welches am 16. Oktober zum ersten Mal ausgegeben werden sollte. Es soll den Titel »La Vanguardia« (Die Vorhut) führen und führt sich mit den bezeichnenden Worten ein: »Ruhm der Arbeit, Ehre denen, welche schaffen. Friede und Wohlstand allen Men-schen, welche guten Willens sind. Was ist der Kapitalist? Alles. Was soll er sein? Nichts. Was ist der Arbeiter? Nichts. Was soll er sein? Alles.«

Auch in Uruguay besteht bereits eine Sektion der Inter-nationales und zwar in Montevideo. Dieselbe ist sehr rührig und steht mit den übrigen sozialistischen Zentren Südamerikas in Lima, Valparaiso, Buenos-Aires und Rio Janeiro in leb-haftem Verkehr. Bereits ist die Abhaltung eines südamerikanischen sozialistischen Kongresses geplant, auf welchem alle südameri-kanischen sozialistischen Organisationen und namentlich die ver-schiedenen Landeszentralen vertreten sein und einen gemeinschaft-lichen Aktionsplan beraten sollen.

## Berichte.

\* **Zürich**, 25. November. Die österreichische Regierung hat — wie allezeit, der Berliner Parole folgend — dem »Sozialdemokrat« weit es in ihrer Macht liegt, den Eingang nach den österreichi-schen Kronländern versperrt, indem sie ihm den Postdebit entzog. Auf unsere Verbindungen mit den österreichischen Genossen üb-diese Maßregel aber selbstverständlich nicht den geringsten Einfluß!

\* **Zürich**, 24. November. Der im »Sozialdemokrat« ver-öffentlichte Aufruf unserer deutschen Genossen, für die Unter-stützung der Opfer der in Deutschland wüthenden Sozialisten-bege, für die Gefangenen und Ausgewiesenen und deren Familien nach Kräften thätig zu sein, hat hier, insbesondere angesichts der neuesten Ausschreitungen der preussischen deutschen Polizei, der warmen Aufnahme gefunden. Gestern, Sonntag, veranstaltete der hiesige deutsche Arbeiterverein eine Abendunterhaltung zum Besten der aus der Reichshauptstadt ausgewiesenen Genossen und ihrer Familien, welche von deutschen und schweizerischen Genossen überaus zahlreich besucht und vom besten Geiste be-seelt war. Ein deutscher Genosse und Gen. Oremlich hielten erhebende, zur Ausdauer, Einigkeit und Opfermüthigkeit er-mahnende Ansprachen, mit denen zahlreiche Deklamationen in gleichem Sinn und gelungene Vorträge des Männerchors abwechselten. Das pekuniäre Ergebnis des Abends ist ein sehr ansehnliches, indem nahezu 70 Franken an den Unter-stützungsfonds abgeliefert werden konnten! Die Aufforderung des Festredners, es an diesem einen Abend für die Opfer des Sozialistengesetzes nicht genügen, sondern ihm eine Reihe ähn-licher folgen zu lassen, fand allgemeine Zustimmung. Möge das Beispiel des wackeren deutschen Vereines Zürich bei den deutschen Genossen an andern Orten der Schweiz und allent-halben im Ausland recht eifrige Nachahmung finden!

a. b. **Leipzig**, 19. November. Es war vorauszu sehen, daß

auf die Nothschreie über die drohende Hungernoth in Schlesien und im Thüringer Wald bald mit einem gleichen Nothschrei aus den sächsischen Industriebezirken geantwortet würde. Wer die traurige Lage unserer Weber- und Strumpfwirkerbevölkerung, wie sie sich schon seit Jahren gestaltet hat, kennt, wird sich nur wundern, daß der Nothschrei nicht früher kam. Und es ist Nie-mand anders, als das »Leipziger Tageblatt«, das im Schön-färben bisher das Stärkste leistete, welches diesen Nothschrei aus dem untern Erzgebirge veröffentlicht! Nach einem Bericht des-selben vom 11. November aus Milsen-St. Micheln, das in einer der ärmsten und dichtbevölkerten Industrie-Gezenden Sach-sens, zwischen Glauchau und Zwickau liegt, ist dort am 7. No-vember in der Gemeinderathssitzung eine Deputation von Ar-beitern (Webern) mit der Erklärung erschienen: daß sie unter den jetzigen Verhältnissen weder Abgaben noch Steuern für Staat und Gemeinde entrichten könn-ten und entweder Arbeit oder Brot verlangten! Der arme Gemeinderath, der die Lage der Einwohner zu genau kennt, um nicht zu wissen, daß die Angaben auf vollkommenster Wahrheit beruhen, war ganz verduht und wußte keinen andern Ausweg, als das Anliegen zu Protokoll zu nehmen und an die Amtshauptmannschaft nach Glauchau zu senden. Wer die fast erschreckende Bedürftigkeit und Bescheidenheit unserer Weber kennt, der kann ermessen, auf welche Höhe die Noth gestiegen sein muß, wenn diese zu solchen Schritten ihre Zuflucht nehmen.

Existierte noch die sozialistische Agitation, so würde der Noth-stand längst zur öffentlichen Erörterung gezogen worden sein und die Staatsbehörden wären darauf aufmerksam geworden. Jetzt erfahren sie dergleichen erst, wenn die Noth zur öffentlichen Ka-lamität geworden ist. Die Polizeibehörden, und zwar speziell im Bezirk der Zwickauer Kreisshauptmannschaft, in dem Milsen-St. Micheln liegt, haben jetzt so viel mit der Sozialisten-hatz zu thun, daß sie für den Nothstand weder Zeit, noch Auge und Ohr haben. Der Zwickauer Kreisshauptmann sieht seinen Ehr-geiz darin, neben seinem Berliner Kollegen Herrn v. Madai die meisten Verbote und Maßregelungen herbeizuführen und am brutalsten vorgegangen zu sein. Heute entzieht er einer armen Frau, die mit ihren Kindern nicht weiß, wovon sie sich ernähren soll, das Recht der Kolportage, obgleich es sozialistische Blätter nicht mehr gibt; morgen veranlaßt er Spionage und Haus-suchungen bei Wirthen und Geschäftleuten, die im Geruche ste-hen, daß zeitweilig Sozialisten bei ihnen verkehren; übermorgen wird ihnen ein harnloser Geiang oder Vergnügungsverein verboten, der das Unglück hatte, einen frühern Sozialisten unter seinen Mitgliedern zu zählen. Seit einem Jahre ist die Gens-darmrie und Polizeimannschaft der Zwickauer Kreisshauptman-nschaft auf den Weinen, um eingebildeten geheimen sozialistischen Verbindungen, geheime Schriften und geheime Zusammenkünfte auf die Spur zu kommen, und sie konnte es dennoch nicht ver-hüten, daß wir unmittelbar sozusagen unter ihrer Nase einen Sieg bei der Landtagswahl erlöhnten. Bei so angestrenzter Thä-tigkeit hat sie natürlich für solche Kleinigkeiten wie allgemeiner Nothstand und Hungernoth keinen Sinn. Was die Kanaille freipiren, — sind es doch meist Sozialisten und die besten sozia-listischen Bezirke, in denen die Noth grassirt!

Die Herren, die heute das Szepter schwingen und sich kraft der Gewalt herausnehmen, das arme Volk zu treten und zu mißhandeln, leben von den Steuergrößen, die sie diesen Halb-vochungen herauspressen, herrlich und in Freuden, — der Schrei der Armuth dringt nicht in ihre behaglichen Räume. Wie kann man Wohlwollen und Gefühl von Menschen verlangen, die es als ihre vornehmste Pflicht betrachten, ihre Nebenmenschen in ihrer Existenz zu Grunde zu richten, weil diese das Verbrechen begehen, eine entgegengesetzte Gesinnung wie sie, die Verfolger, zu haben?

Darf man sich da wundern, wenn bei dieser Rohheit von Oben, bei diesem frivolen Spiel mit Existenzen, die Rohheit und die Demoralisation, begünstigt durch Arbeitslosigkeit, Noth und Elend aller Art, in den Massen progressiv steigt? Und diese selben Menschen, die in solch barbarischer Weise an ihren Neben-menschen handeln, nennen sich gute fromme Christen, verdrehen heuchlerisch die Augen und rathen dem Volke, nur recht gebüdig zu sein, fleißig zu beten und pünktlich die Steuern zu zahlen, bis es besser werde.

Zum Glück deuten alle Anzeichen darauf hin, daß das nächste Jahrzehnt dem deutschen Prole-tariate die Erlösungstunde bringt! Der ganze Zu-stand der Dinge geht rasend rasch seiner Auflösung entgegen. Während man in den oberen Regionen nur darauf sinn-t, neue Mittel aus dem Volke herauszufinden, um die Gewalt zu ver-doppeln und jedem Sturme trohen zu können, läßt man un-beachtet, daß das Fundament faul und morsch und untergraben ist, so daß der ganze stolze Bau eines schönen Tages wie ein Kartenhaus zusammenstürzen und diejenigen zuerst begraben wird, die sich heute seine festesten Stützen nennen. Diese Hoffnung ist es, welche uns die Nichtswürdigkeit unserer Zustände guten Muthes zu ertragen ermöglicht. Uebrigens wird der Noth-stand im Erzgebirge den sozialistischen Landtags-Abgeordneten ver-muthlich Veranlassung zu einer Interpellation im Landtag geben, um zu hören, was die Regierung und die Kammern dazu sagen.

Zum Schluß noch eine Mittheilung, die Sie speziell sehr interessieren wird. Vor einigen Tagen erschienen hier in der Ge-nossenschafts-Buchdruckerei einige höhere Polizeibeamte, um nach dem Rechenschaftsbericht der sozialistischen Reichstagsabgeordneten, der nach der Behauptung der Beamten hier ge-druckt werden sollte, zu hausuchen. Natürlich war der Liebe Müß vergebens. Wie wir ganz zuverlässig erfahren, fand diese Recherche auf Betreiben des Berliner Polizeipräsidenten statt, das sich immer mehr und mehr in die Stelle eines deutschen Reichspolizei-Ministeriums hinein-arbeitet und die Polizei in den verschiedensten außerpreussischen Städten in einer Weise behandelt, als sei es schon jetzt deren vorgelegte Behörde. Es sind uns da gan- kuriose Mittheilungen zu Ohren gekommen. So wird auch behauptet, daß sowohl in Hamburg wie in Leipzig, und vermuthlich auch in andern nicht preussischen Städten sich eine Anzahl Berliner Spitzel befinden, die den doppelten Zweck haben, die Sozialisten der betreffenden Orte und zugleich deren Polizei zu überwachen, weil letztere verschiedentlich nicht mit der gewünschten preussischen »Stromtheit« zu Worte geht. Es wäre also gar nicht unwahrscheinlich, daß gelegentlich der Ver-

längerung des Sozialisten-Geistes auch die Forderung nach einer deutschen Reichspolizei-Zentralstelle geltend gemacht wird, wobei dann Herr v. Madai Aussicht hätte, deutscher Reichspolizei-Mi-nister zu werden. Wohl bekomme's!

y **Magdeburg**, 20. November. Unsere Agitation für die demnächstige Reichstags-Erfahrung ist im besten Zug, so daß wir hoffen dürfen, daß das Resultat trotz aller uns von allen Seiten in den Weg geworfenen Hindernisse hinter den früheren Wahl-ergebnissen nicht zurückstehen wird, sondern daß wir eher noch mehr Stimmen als bei der letzten Wahl erhalten werden. Eine Stichwahl, in welche wir mit kommen, ist zweifellos. — Wichtig ist aber vor Allem, wenn unsere Agitation entsprechend wirken soll, daß wir von den Genossen allerorts mit Geld unterstützt werden (das man an die bekannten Adressen senden möge), denn die beiden Wahlen kosten Geld, und die Krise hat die Zahl der Opfersfähigen unter den Magdeburger Sozialisten sehr geschwächt. Wenn uns aber unsere Genossen in ganz Deutschland nicht im Stich lassen, sondern nach Kräften ihr Scherlein beitragen, dann wird es im Verein mit dem, was wir zu leisten vermögen, schon gehen; wir haben ja schon so oft mit geringen Mitteln Wunder gewirkt! Die Partei muß eine neue Probe auf das Sozia-listengesetz ablegen und diese darf nur zu ihrer Ehre ausfallen. Darum vorwärts, Genossen, thut was ihr könnt!

Der sozialdemokratische Reichstagskandidat, Genosse Bierck, war bereits mehrere Male hier anwesend, um im Privatkreise für seine Wahl zu agitieren und sich den Gesinnungsgenossen persönlich vorzustellen. Bei einer solchen Gelegenheit kam es am vorigen Sonntag zu einem amüsanten Wettrennen zu Fuß und per Droschke zwischen Bierck und einem Theile unserer Genossen einerseits und der Magdeburger Polizei andererseits. Bierck, der bereits an der Bahn von Dienern der heiligen Hermandad in Empfang genommen wurde, war diese Gesellschaft sehr lästig und so wurde zwischen ihm und den ihn abholenden Genossen verabredet, in welcher Weise man der Polizei ein Schnippen schlagen und sich zu einer vertraulichen Beispredung zusammenfinden könnte. Der Kampf, erst im Dauerlauf zu Fuß ange-fangen, wurde bald per Droschke weiter geführt, doch zog in dem- selben die Polizei, als der ungeschicktere Theil, den Kürzeren. Die mit Polizei gefüllte Droschke jagte noch hinter dem sozialisti-schen Gefährte drein, nachdem dessen Injassen schon längst durch einen Sprung in eine der engen Nebengassen Magdeburgs der Befolgung enttrückt waren. Später fand man sich in den Bu-strischen Bierhallen zusammen, wo mittlerweile sich mehrere hun-dert Genossen eingefunden hatten. Als Bierck eintrat, erhoben sich diese zum Zeichen des Grußes sämtlich von ihren Plätzen, nur die verdutzten Polizeibeamten blieben sitzen. Ein Umstand der verschuldete, daß unsere Genossen verschiedene Persönlichkeiten als »Geheime« kennen lernten, die ihnen bis dato unbekannt waren! Die Polizei ist klug und weise und sie betrügt man nicht! In-besseren lassen wir uns von ihrer Weisheit so wenig imponiren, wie durch ihre Macht. Wie schon mitgetheilt, hat neulich in einer konservativen Versammlung unser Polizeipräsident öffentlich erklärt: Er werde mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln die sozialdemokratische Wahlagita-tion unmöglich machen. Nun, der 10. Dezember wird die Antwort hierauf geben.

Genosse Braße, der früher in Magdeburg kandidirte, dies aber jetzt als Vertreter des 17. sächsischen Wahlkreises nicht mehr kann, hat im konservativen »Magdeb. Tagebl.« seine früheren Wähler aufgefordert, Bierck ihre Stimmen zu geben; die »liberale« »Magdeb. Zig.« hatte die Aufnahme der Annonce verweigert. Das sieht diesem »liberalen« Paß ganz ähnlich; im Denunziren und Verleumdern der Sozialdemokratie hat speziell die »liberale« Presse bisher das Menschenmögliche geleistet, und die konservative Presse war und ist im Vergleich zu ihr ein Muster von Anständigkeit. Das Scheinmüß dieses Widerspruchs ist freilich leicht zu errathen. Die liberale Presse ist par ex-cellenza die Vertreterin des Geldsacks, und der Geldsacksmensch ist feig und brutal. Wer sein Interesse anfaßt, gegen den empfindet er den ingrimmigsten Haß und in diesem Haß begeht er jede Gemeinheit, um seinen Gegner zu schädigen. Man darf ohne Uebertreibung sagen, daß unsere deutschen Liberalen — die Leute von der Fortschrittspartei mit einbegriffen — siebenmal mehr Freude über das Sozialistengesetz empfinden, als ihre Ver-bündeten, die Konservativen. Es ist gut, wenn man sich dies für die Zukunft fest einprägt.

a **Breslau**, 19. Novbr. Durch die am 12. November statt-gehabte Nachwahl zum Abgeordnetenhaus ist die nationalliberale Partei, mit Hilfe des konservativen Wahlvereins, die tonangebende Partei nicht nur hier, sondern in ganz Schlesien geworden. Dies ändert an der politischen Situation insofern nichts, als ja die bisher hier dominirende Fortschrittspartei von jeher nichts anderes als eine verkappte reaktionäre Pütel- und Knäppelpartei war und, wie eins ihrer tonangebenden Blätter mit großem Schmun-zeln und Wohlbehagen dieser Tage berichtete, auch ferner zu sein gedenkt, insofern sie dem Königsberger Professor Möller, welcher das Dreiklassenwahlgesetz verteidigte, Recht gab, und selbiges am liebsten auch zum Reichstage eingeführt wissen möchte. Uns wundert dies ekelregende Treiben um so weniger, da wir unsere fortschrittlichen Pappenheimer seit länger als 17 Jahren bei ihrem Treiben zu beobachten Gelegenheit hatten. Was kann man von Leuten, die uns seit Beginn unserer Bewegung die Versamm-lungslokale hintertrieben und somit dem »gewaltigen« Kanzler freiwillige Polizeidienste leisteten, auch mehr erwarten? Was kann man erwarten von Leuten, die jeden unserer Redner niederbrül-ten, der sich je einmal erlaubte, seine Meinung über sie zu äußern und die durch ihre maßlosen Dummereien das Aus-nahmegesetz vorbereiteten? Nichts! — oder auch Alles! Für uns sind die Ausschüchten um so besser, je mehr sich diese Politiker als das öffentlich zeigen, was sie von jeher gewesen sind.

Selbstverständlich ist hierbei, daß ein Unterschied zwischen Fort-schrittspartei und Nationalliberalismus nicht im Geringsten be-steht, daß das Gesagte für beide gilt. Das Volk sei politisch noch nicht reif genug, um das allgemeine Wahlrecht richtig an-zuwenden u. dgl. mehr. Und doch hat die Wahl im Februar gezeigt, daß die Fortschrittspartei nur dann einen der Ihrigen durchbringt, wenn die Mannen des »Neuen Wahlvereins« Vor-standsdienste leisten. Ob das für die Folge noch geschehen wird, bleibt abzuwarten. An den Liberalen und Fortschrittlern wird

es freilich nicht liegen, wenn es nicht geschehen sollte, denn diese legen sich aus Furcht vor dem Sozialismus aufs Briten und knien vor den Konservativen, um es mit ihnen nicht gänzlich zu verderben. Die Krösche sind wie die Hunde: sie fressen, mit Respekt zu sagen, heute, was sie gestern ausgebrochen haben! Im Grunde genommen ist das aber kein Schaden; es ist die notwendige Entwicklung. Diese ist bei uns eben schon so weit vorgeschritten, daß nicht viel mehr fehlt und es gibt nur noch Konservative und Sozialdemokraten. In wenigen Jahren wird dies erreicht und die Wahe frei sein. Dann wird uns der liberal-fortschrittliche Handwurst nicht mehr vor den Beinen liegen und uns am Ausschreiten verhindern. In Breslau wird bei den nächsten Reichstagswahlen die neue mit der alten Welt um die Palme des Sieges ringen, und es ist kaum zweifelhaft, wer alsdann der Sieg zufallen wird. Das Hüllhorn neuer und erhöhter Steuern, das jetzt über uns ausgegossen wird, macht auch die größten Schlafmützen munter, und nur uns kann der Zuwachs werden. Die totale Verarmung der Mittelklasse macht reichende Fortschritte! Die neuen Steuern werden das Tempo nur noch beschleunigen.

Die aus dem frommen Berlin importirte Judenhege wird auch bei uns wacker kultivirt und es macht uns nicht wenig Spaß, wenn wir die sonst einhellig gegen uns postierende Bourgeoisie plötzlich von uns ablassen und die ehrenwerthen Herren sich gegenseitig als Spitzbuben und Schubiate traktiren sehen. Vor Kurzem hat diese Hege dahier eine recht blühige Blüthe geerntet. Bei der Abgeordnetenwahl im vorigen Monat haben sich nämlich ein jüdischer und ein christlicher Wahlmann, der höchst gebildete Dr. Aich und der nicht minder seine Rechnungsraath Ahmann, geohrteigt. Natürlich wurde der Tumult groß und mußte schließlich Militär requirirt werden, um die Ruhe wieder herzustellen. Das sind die „Gebildeten“ unter sich! Zum Glück hatten wir uns bei dieser Wahl nicht betheiligt. Anderenfalls hätte man wohl nichts unversucht gelassen, um uns diese isolante Keilerei in die Schuhe zu schieben. Und das schimpft aus Leibesträften über die „Rohheit der Arbeiter“!

Was die hiesige Sozialdemokratie betrifft, so ist sie trotz alledem leidlich wohl und munter und freut sich über die ihr von der Bourgeoisie geleisteten Handlangerdienste. Nächstens mehr hierüber.

**7. Aus Oberschlesien, 21. November.** Unser neuerstandenes Parteiorgan wird zwar Arbeit genug haben, wenn es auch nur die hervorragendsten laufenden Zusammen der herrschenden Gewalt gegen das Volk und der Sozialismus verzeichnen will, und ein Zurückgreifen auf früher Geschehenes wird daher sogleich so viel als möglich vermieden werden müssen. Indessen wird es doch in dem nachfolgenden Fall erlaubt sein, von dieser Regel abzuweichen, weil dieselbe unsere heutigen Gesetzes- und Justizzustände besser charakterisirt, als ganze Bände. Am 18. August d. J. erschien vor der ersten Strafkammer des Landgerichts zu Ratibor der Sattlermeister J. Klaps von Ratibor unter der Anklage der „Majestätsbeleidigung“. Und wodurch soll derselbe dies „Verbrechen“ begangen haben? Nun, man höre und staune: Ein Konzipient, namens Lehmann, hatte den Angeklagten schwer in seinem Erwerb geschädigt, indem er ihn gelegentlich der letzten Reichstagswahl bei einem Streit mit dem Ratiborer Kriegerverein im „Oberschlesischen Anzeiger“ mit Verläumdungen überhäufte und besonders ihn als sozialdemokratischen Agitator denunzirte, was bei der damaligen Sozialistenhege einen so schädlichen Einfluß auf sein Geschäft übte, daß er beinahe ruiniert wurde. Außerdem kam Klaps durch diese Infamie des Lehmann förmlich in Ehrverletzung und seine Frau wurde aus demselben Grunde auf das Schandloffe beleidigt. Bezeichnend ist auch, daß Klaps, als er gegen den Verläumder Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft stellte, von dem allezeit zum Schutz der Amts- und Bourgeoisie bereiten öffentlichen Ankläger kurzweg abgewiesen wurde. Nun, er ist eben Sozialdemokrat und das genügt ja, um ihn rechtslos zu machen. Da nun aber jedem Menschen, und sei er auch Sozialdemokrat, schließlich doch einmal die Geduld bricht, so machte Klaps einmal seinem Unmuth über den Urheber all der Kränkungen und des Schadens, der ihn betroffen, in seiner Wohnung in den drastischen Worten Luft: „Der alte Lehmann ist ein Lump.“ Und unerhört — wegen dieser Äußerung wird nun Klaps der — Majestätsbeleidigung angeklagt und zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt! Die fünf Richter erklärten nämlich in ihrer Weisheit, daß da der deutsche Kaiser notorisch bisweilen mit dem Spitznamen „Lehmann“ bezeichnet wird, der Angeklagte mit den Worten: „Der alte Lehmann ist ein Lump!“ sicher den Kaiser gemeint habe, weil — Angeklagter sozialistischen Tendenzen huldige!! Da weiß man doch natürlich nicht mehr, ob man mehr über die schreiende Ungerechtigkeit des Gerichtes empört sein oder mehr über die Vornurtheit lachen soll, welche unfreiwillig ironisch wird und unbewußt selbst die größte Majestätsbeleidigung begeht!

**— Alassa, 15. November.** Seitens des Staatsanwalts Goschuff ist, wie die hiesigen Blätter berichten, gegen das vom Landgericht am 28. Oktober gegen die 13 wegen Verbreitung der „Freiheit“ Angeklagten und 7 Wochen inhaftirt gemessenen Sozialdemokraten erlassene freisprechende Erkenntniß der Antrag auf Revision gestellt worden. Die Sache wird demnach ihren Schluß, hoffentlich keinen schlimmern als hier, in Leipzig finden. Eine interessante Thatsache, die den „Stephanismus“ kennzeichnet, wird uns nachträglich von den Angeklagten noch mitgetheilt. Demnach ist die ganze Untersuchungs-geschichte auf die Unsicherheit der Post zurückzuführen. Im Lauf des Sommers wurde bei einem der Angeklagten nach einem Brief aus London, der nach Versicherung der Polizisten ganz bestimmt angekommen war, Haussuchung gehalten, aber ohne Erfolg. Daraufhin wurde von einem andern Angeklagten nach London diese Thatsache mitgetheilt, mit dem Bemerkten, an den Betreffenden keine Briefe mehr zu schicken, sondern sich der beiliegenden Adressen zu bedienen. Der Absender kann nun berechnen, daß er selbst diesen Brief wohl verschlossen in den Briefkasten eines hiesigen Nebenpostamtes einsteckte. In den Anklageakten steht aber vermerkt, die Auffindung des ganzen Komplotts sei herbeigeführt worden durch einen nach London adressirten „vor der Aufgabe zur Post verloren

gegangenem Brief“, der an die Regierung von Schleswig gesendet wurde, worauf von letzterer die Weisung eine Untersuchung mit Haussuchungen einzuleiten, gekommen sei! — Sollte sich etwa unser Reichstagsabg. Liebstein, der sein Interesse für „Postales“ im Reichstag schon oft kund gegeben, auch hierfür interessieren, so würde ihm jedenfalls reichhaltiges Material zu Gebote stehen.

Hans Großknecht.

**— dt — München, 19. November, Dreißt und — gottesfürchtig** — das ist die Signatur der Zeit hier am Plage, aber freilich nicht erst seit dem famosen Oktoberfeste, das unserer armen Polizei und „Rechts“-pflege endlich ein kleines Verhältniß seit 1870 gönnte, sondern seit jeher, und in diesem Punkte hätten wir eigentlich „nichts Neues vor Paris“ zu melden. Die Firma Feilich-Bistler-Bartsch politisch-staatsanwaltschaftlichen Angeborens, hat zwar die Stille der Natur seit diesem Sommer einige Male mit einem Sturme im Wasser-glas unterbrochen und den Irrthum widerlegt, als ob die Garnituren von Maßkrügen auf den Fensterbänken unserer Polizei- und Wachtstuben das einzig greifbare Moment eines in diesen Räumen herrschenden friedlichen Geistes wären. Michel Gehret, der Zeuge für Alles, mußte so far seinen Stammsitz beim „Eberl“ und „Rath-ler“ einigemal ganz unzeitig verlassen und „Schwören heißen“, eine Arbeit, die dem bismarckischen Leib-gendarm beinahe noch schwerer fiel, als die Kritik der Ritting-hausen'schen Abhandlungen, die nach Michels Gutachten „von einem äußerst unklaren Kopfe“ geschrieben sind! Aber was kam bei dem ganzen Trüdel heraus? 14 Tage für einen total harmlos bereingefallenen Nichtsozialisten, an den ein unbekannter einige „Laternen“ adressirte, (die Brüsseler Post hatte ganze Adressenlisten bestimmter Bäckereien der deutschen Reichsgeneralpostspitzelei ausgeliefert) und — 4 Wochen für die Zeugnisverweigerung seitens eines Zweiten, der eine „Laternen“ geschickt bekommen hatte und den Geber nicht verrathen wollte. Das ist Alles.

Und nun denken Sie sich unser „Pistler“, bei dem der Teig doch sonst immer so flott gegangen war und unsern Bartsch, dessen juristische Logik bis auf die Spektral-Analyse der sozialistischen Mittagsmahlzeiten Duzender von Angeklagten durchzubringen gewohnt war! Aber diesmal gab es eben leider nichts durchzubringen, und umsonst versicherte Gehret, als Kronzeuge, daß es „die neueste Taktik der Sozialisten“ sei, sich gegenseitig zu verleugnen, nicht zu kennen, wenn sie konfrontirt werden“ und dergleichen mehr. Es blieb aber bei den Worten wie es seit Jahresfrist bei der Aufklärung Gehehrs geblieben ist, daß er einen „sozialistischen Roman“ schreiben werde — wahrscheinlich um darin seiner zugehörlichen Phantasie noch gründlicher Luft zu schaffen als bisher.

Er ist nämlich unternehmend, der Verfasser eines lithographirten „Stammbaums der Sozialdemokratie“. Bei den beiden Fällen, denen verschiedene Haussuchungen vorausgingen, war er nicht direkt thätig; aber was schade, man brauche ja nicht Alles gesehen zu haben, um es beschwören zu können! Dreißt und — gottesfürchtig — vom Ehe bis herab zum „Schwörspiegel“ — ist und bleibt eben die Signatur von „Pensionopolis und Pfaffenheim.“

Zur Vervollständigung einer der besten und komplettesten sozialistischen Bibliotheken im ganzen Reich, als deren Bibliothekar die hiesige Polizeibehörde fungirt, würde freilich Michels Roman entschieden beitragen, denn die moderne Spitzbubenliteratur ist entschieden arm zu nennen, seitdem von hier monatlich 3—400 auswärtige „Wagabonden“ und Bettler u. abgeschubt werden! Etwas humaner wird schon mit den Dirnen und Louis verfahren, welche ja mit den „besseren Kreisen“ in hinlänglich er fähigung stehen. Frauen gewisser Beamtenkategorien (Gendarmen, Bahnbeamter u. dgl.) zählen unter diese — publizist! — die ledigen „Schwestern“ haben meist Quartier bei solchen, sowie bei dem Heere von Spitzeln aller Kategorien, und darum geht in diesem Punkte Alles so glatt und nett bei uns. . . . Einer Ihrer Berliner Briefe berichtet ganz ähnliche Zustände und wir waren nicht wenig erstaunt, die Vorurschätzung unseres Bayernlandes auf diesem Gebiet so mächtig geblieben zu sehen. Seuchen und Hunger fehlen auch in diesen Kreisen keineswegs und viele Kleinbürgerlichen Elemente, auf jenen Sumpf angewiesen, participiren an Syphilis, Typhus, Diphtheritis u. dgl. jahraus, jahrein, wie man in Spitalen beobachten und von eingeweihter Seite des Bestimmtesten versichern hören kann. Selbst das Militär mußte letzterzeit vom Leibel diskontirt werden. Der Typhus hatte halbe Schwadronen im Sold. Wir haben eben „zu wenig Kasernen“ hier! Bitte, lachen Sie nicht darüber.

Um übrigens noch einmal auf die edle Polizei zurückzukommen, so scheint freilich auch nur (schemt!) unser Haupt-Sozialisten-Spürhund Gehret in neuerer Zeit etwas außer Aktivität gestellt und seine Aufgabe überhaupt vollendet zu sein, seitdem es selten mehr Etwas zu Schwören gibt und seitdem der bewährte Polizist außer Bismarcks Ueberwachung in Riffingen keine historische Mission mehr erfüllen kann. Dafür erkrent sich aber Michel seit länger schon der poli-zistischen Ueberwachung un-rechts auf Schritt und Tritt. Schon von Hause weg folgt ihm ein guter Schatten, der uns dafür bürgt, daß wir seiner immer ansichtig bleiben, und es verdient gewiß alle Anerkennung, daß unser junger Nachwuchs sich diesem Ehrendienst mit Begeisterung widmet, ohne dabei die sichere Ueberwachung der übrigen Spitzeln im geringsten zu vernachlässigen. Mögen Sie hieraus und aus unsren sonstigen Lebenszeichen auf alles Weitere über unser Befinden schließen. Wir arbeiten still und ruhig. Wohl bekomms Ihnen. — Sobald sich weitere Ruhe findet, das „historisch Wichtigste“ aus der zehnjährigen hiesigen Sozialistenhag an dieser Stelle für die Welt und Nachwelt zu geben und aufzurichten, soll es geschehen. Die Personalien der eingangs Genannten verdienen speziell biographisch berücksichtigt zu werden und wir schlagen hierzu und überhaupt vor, unsrem „Sozialdemokrat“ einen „Polizei- und Richter-Spiegel“ mitzugeben, dem Guten zur Wehr, dem Bösen zur Lehr und dem, was dazwischen liegt, zur Aufmunterung!

**A. C. Rom, 21. November.** Sie haben sich über das Cairoli'sche Agrarprojekt schon erschöpfend ausgesprochen und ich würde auf diese Sache nicht mehr zurückkommen, wenn ich Ihnen nicht einige Thatsachen mitzuthellen hätte, welche

sich mit den von Ihnen ausgesprochenen Ansichten in vollkommener Uebereinstimmung befinden und welche nicht abgeleugnet werden können. Die Bauern, welche seit 1806 so glücklich waren, bei der Vertheilung der Domanalgüter Landeigentum zu erhalten, sind dadurch aus „der niedrigen Lage des Tagelöhners“ (casone) keineswegs emporgehoben worden, wie es der Minister glaubt und glauben machen will. Ganz im Gegentheil. Die an die Bauern vertheilten Landstücke, deren Größe durchschnittlich zwischen 83 und 100 Aren beträgt, sind viel zu klein, um zur Erhaltung einer Familie zu genügen. Wären sie aber auch größer, so würde doch das zur Urbarmachung und rationalen Bewirtschaftung des Landes nöthige Geld gänzlich fehlen. Der Ertrag ist daher lang und der Boden bald erschöpft. Trotzdem aber muß der Bauer dem Staat wie der Gemeinde Steuern und zwar enorme Steuern bezahlen. Und kann er das nicht, so wird entweder das ihm so großmüthig zugetheilte Landstück wieder von der Kommune eingezogen oder für wenige Lire an einen Grundbesitzer des Ortes veräußert oder aber einem Wucherer verpfändet, damit dieser für den Bauer den vertragmäßigen Bodenzins bezahle. Auf diese Weise befördern die angeblichen Landreformen in der That nur die Monopolisirung des Landbesitzes in den Händen der Großgrundbesitzer und vergrößern von Tag zu Tag die Latifundien auf Kosten des Kleinbesitzes. Dies das „providentielle Werk“ des Ministers!

Weiter will ich Ihnen über ein Ereigniß berichten, welches mit der Agrarbewegung zusammenhängt, ja welches geradezu eine Auserwählung derselben ist: ich meine die Affäre der Vazzarettisten, welche kürzlich von den Geschworenen von Siena freigesprochen wurden. Bekanntlich war Vazzaretti ein armer Fuhrmann von Arcidosso (Toskana), der mit Energie und natürlicher Intelligenz ausgestattet war. 1859 machte er freiwillig den Krieg mit, nach dessen Beendigung er 1860 zu seiner Familie zurückkehrte und sein Geschäft wieder aufnahm. Nichts ließ ahnen, daß unter dieser rauhen Schale ein Prophet schlummere, bis Vazzaretti 1868 mythische Träume bekam, sich nach Rom zum Papst begab und sich darauf in ein zerfallenes Kloster inmitten der Berge zurückzog, um dort seine Visionen und Prophezeiungen niederzuschreiben. Dann kehrte er 1869 nach Arcidosso zurück und erklärte sich offen als Propheten, worauf die durch seine Reden und die Aenderung seines Lebenswandels begeisterten und gewonnenen Bauern bald angingen, auf ihr Eigenthum zu Gunsten der von Vazzaretti gebildeten Gemeinde zu verzichten, — einer Art von hierarchischer Bruderschaft, welche sich religiösen Übungen und dem Kult einer mythischen Republik widmete, die sie „das Reich Gottes“ nannte. Auf die Aufforderung Vazzaretti's erbauten seine Anhänger auf der Höhe des Monte Labaro (oder Labro) ein Heiligthum, indem sie Steine, Balken und alles zum Bau Nöthige auf ihrem Rücken den Berg hinauf trugen. Die Lehre der Vazzarettisten ist in so dunkler, geheimnißvoller Sprache abgefaßt, daß es fast unmöglich ist, eine allgemeine Idee von ihr zu erhalten; so viel ist aber gewiß, daß ihren Grund die Gütergemeinschaft und die brüderliche Gleichheit bildeten, sowie daß es die Hoffnung auf ein besseres Leben auf dieser Welt war, welche der Prophet erregte und welche die Bauern zu seinen Anhängern machte.

So lange die Vazzarettisten sich darauf beschränkten, in ihrem Heiligthum zu beten und begeistert den Predigten Vazzaretti's zu lauschen, ließ sie die Regierung gewähren. Aber als sie in feierlicher Prozession von ihrem Berge herabkamen, um, wie sie sagen, die Heiligthümer von Arcidosso und Castel del Piano zu besuchen oder, wie die Lokalautoritäten und mit ihnen die Anklageakte behaupten, zur „Gütervertheilung und Errichtung einer republikanischen Regierung“ zu schreiben — da mengte sich die Polizei dazwischen und die Gendarmen richteten das bekannte Massacre an. Wir können nicht genau sagen, was an den von der Anklage gegen die Vazzarettisten geschleuderten Beschuldigungen Wahres ist; aber sicher ist, daß das Auftreten Vazzaretti's unter den Bauern eine große Bewegung und weitgehende Hoffnungen hervorrief und daß viele im Hinblick auf das herannahende „Reich Gottes“ die Steuern verweigerten. Wie das nun auch sei: am 18. August 1878 kam ein Zug von 2—3000 Bauern jedes Alters und Geschlechts unter Vorantritt des phantastisch gekleideten Propheten vom Monte Labaro herab und bewigte sich gegen Arcidosso. Die Führer trugen Fahnen mit der Inschrift: „Die Republik ist das Reich Gottes“ und sangen im Chor eine Hymne, deren Refrain lautet: „Es lebe die Republik, Gott und die Freiheit“. Erschreckt durch die Annäherung dieser Menge, schickten sich einige Reichen an, ihr Eigenthum zu verteidigen, welches sie gefährdet hielten, und der Polizeileiter von Arcidosso sammelte alle Kräfte, die ihm zur Verfügung standen, und eilte der Prozession entgegen, welche er zum Auseinandergehen aufforderte. Als die Vazzarettisten dieser Aufforderung indeß nicht Folge leisteten, schossen die tapferen Gendarmen fast auf Wechsellänge in die wehrlose Menge und tödteten Vazzaretti sowie drei der ihm zunächst Stehenden, während zwölf mehr oder weniger verwundet wurden. Als die Bauern ihren Propheten fallen sahen, stoben sie sofort auseinander und stoben in ihre Hütten; viele wurden indeß später verhaftet. In Siena standen 21 vor Gericht und unter ihnen drei Brüder des Propheten.

Der Prozeß hat die Rohheit und Bestialität der Lokalbehörden zur Evidenz bewiesen: das Massacre war kalten Blutes beabsichtigt! Was aber jeden Menschen noch mehr empören muß, dem noch ein Schamgefühl geblieben, das ist die Thatsache, daß die Regierung den infamen Verursacher des Massacres belohnt hat und daß sie, nicht genug, die Vazzarettisten fesselt zu haben, sie auch noch verurtheilen wollte! Die Geschworenen von Siena aber haben ihre Beweispflicht besser verstanden und sprachen die armen Bauern frei, die nun wenigstens noch eine 15 monatliche Untersuchungshaft zu ihrer Arbeit zurückhren und die Wiedererreichung des Propheten, an die sie fest glauben, erwarten können. — Und er wird kommen, der Messias, wenn auch in anderer Gestalt, als die lazzarettistische Mystiker es erwarten: als Volksrevolution, die den armen Bauern in den Besitz, den vollen und ganzen Besitz des Bodens setzen wird, den er mit seinem Schweiß düngt im Dienst der Menschheit!